

# Lemonade – die Niederlage der Sozialdemokratie zum Fortschritt wandeln

von Jan Dieren und Johanna Uekermann



⇨ Jan Dieren ist Mitglied des Juso-Bundesvorstandes. Er lebt zwischen Ruhrgebiet und Niederrhein, wo er Philosophie und Rechtswissenschaften studiert.

Foto: © Nick Neufeld

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 24. September ist eine historische Niederlage für die Sozialdemokratie in Deutschland. Das Zweitstimmen-Ergebnis der SPD von 20,5 Prozent ist der niedrigste Wert an Zustimmung, den sie seit Gründung der Bundesrepublik bei einer Bundestagswahl erhalten hat – aber das Ausmaß des Desasters geht weit darüber hinaus. Die SPD schafft es in einigen Regionen der Republik, insbesondere im Osten und Süden, kaum auf den dritten Platz der angetretenen Parteien. Doch nicht nur die SPD hat verloren, auch die Union hat das schlechteste Ergebnis seit ihrem Bestehen eingefahren. In ehemaligen SPD-Hochburgen rettet die SPD-DirektkandidatInnen das ebenfalls schlechte Ergebnis der CDU. Klar ist trotzdem: Die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU wurde mehr als eindeutig abgewählt. Die Volksparteien verlieren weiter an Bindekraft.

Dahingegen konkurriert mit der AfD eine antidemokratische und offen menschenfeindliche Partei im Osten mit der CDU um Platz eins. Erstmals seit dem Sieg über Deutschland im Zweiten Weltkrieg sitzen wieder als solche organisierte Nazis und RassistInnen im Reichstags-Gebäude. Das ist ein tiefer Einschnitt für die liberale Demokratie der Bundesrepublik.

Wie einschneidend diese Bundestagswahl ist, wird wohl erst in den kommenden Monaten gänzlich offenbar, wenn sich unsere politische Landschaft weiter wandelt. Für die Sozialdemokratie muss nach diesem historischen Ergebnis



⇨ Johanna Uekermann ist seit 2013 Bundesvorsitzende der Jusos. Sie ist außerdem beratendes Mitglied des SPD-Partei Vorstandes und Teil der Grundwertekommission der SPD.“

Foto: © Tobias Pietsch

aber klar sein: Ein einfaches „Weiter so“ darf es nicht geben. Denn dieses Ergebnis fiel nicht vom Himmel. Es kündigte sich lange an. Bereits bei den letzten Wahlen blieb die SPD weit hinter den Erwartungen und Möglichkeiten zurück. Und schon nach den letzten Wahlniederlagen – 2005, 2009 und 2013 – wurde deshalb der Ruf nach Veränderungen in der Partei laut. Und auch aus der Parteispitze war das zu vernehmen. Die Ergebnisse ließen dabei jedoch zu wünschen übrig. Den Ankündigungen folgten keine Taten. Das muss dieses Mal anders werden, denn wer sich umschaut in Europa, sieht deutlich: 20,5 Prozent müssen noch nicht das Ende des Niedergangs der sozialdemokratischen Parteien sein. Wir brauchen grundlegende Veränderungen. Aber diese Veränderungen werden sich nicht durch wenige hastige Verschiebungen beim Führungspersonal ersetzen lassen.

## Die Große Koalition der kleinen Kompromisse ist abgewählt

Seit dem Wahlabend sind viele Kritikpunkte an der SPD laut geworden: Sie habe die Verteilungsfrage nicht offensiv genug gestellt. Ihr Markenkern der sozialen Gerechtigkeit sei nicht hinreichend klar geworden. Öffentliche Gedankenspiele über eine Ampelkoalition seien falsch gewesen. Die SPD habe sich nicht hinreichend von der Agenda-Politik emanzipiert. Die Kommunikationsstrategie der Partei sei mangelhaft gewesen. Insbesondere die digitale Kampagne sei nicht genug beachtet worden. Die SPD habe

zu stark auf Meinungsumfragen und zu wenig auf ihre Mitglieder gehört. Diese Kritikpunkte treffen zu.

Das Wahldebakel der SPD lässt sich jedoch in vollem Umfang nur erklären, wenn man auch die deutlichen Verluste der Union miteinbezieht. Schon im Vorfeld der Wahlen war von vielen Seiten zu hören, dass SPD und Union in der Großen Koalition kaum miteinander gestritten hätten. Auch wenn man das innerhalb der Parteien anders gesehen haben mag, haben viele Menschen keine bedeutenden Unterschiede mehr zwischen SPD und Union wahrgenommen. Beide seien sich darin einig gewesen, dass es darum gehen müsse, mit vielen kleinen Reformen das Leben der Menschen ein bisschen besser zu machen.<sup>1</sup> Statt grundlegender Auseinandersetzungen um richtungsentscheidende Fragen waren es häufig kleinteilige Kompromisse, um die sich die Debatte zwischen SPD und Union drehte. Das hat nicht nur zu einem Einschlafen des demokratischen Diskurses geführt, der immer vom Richtungsstreit zwischen politischen Lagern lebt. Es sind auch grundlegende Fragen unbeantwortet geblieben.

Wir leben in einer Zeit grundlegender Veränderungen, das spüren wir. Der Wandel der Arbeitswelt, Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel usw. sind Äußerungen einer tiefgreifenden Veränderung unserer Lebensgrundlage. Während uns manches davon neue Möglichkeiten eröffnet, unsere Gesellschaft freier und gerechter zu gestalten, fühlen sich auf der anderen Seite viele Menschen, als würde ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen – Altbekanntes verschwindet, Vertrautes wandelt sich. Mit kleinteiligen Kompromissen, die in den vergangenen Jahren die schlimmsten Folgen (zumindest in Deutschland) abgemildert haben mögen, ist es in Zukunft nicht mehr getan. Wir müssen auf diesen grundlegenden Wandel umfassende Antworten finden. Aber was steckt hinter diesem Umbruch?

1 Für Deutschland analysieren das – schon vor der letzten Großen Koalition – Danny Michelsen und Franz Walter: Unpolitische Demokratie, Berlin: Suhrkamp, 2013. Dass diese Tendenz aber nicht bloß in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien zu entdecken ist, zeigt schon Colin Crouch in seinem Essay Postdemokratie auf.

## Die Entwicklung neuer produktiver Kräfte

In den letzten Jahrzehnten haben wir Menschen neue Fähigkeiten entwickelt und unsere Produktivität stark erhöht. Die offenbarsten Ausdrücke dieser neuen Fähigkeiten kennen wir alle: Digitalisierung und Globalisierung. Dabei handelt es sich um technologische Fortschritte, hinter denen eine weitaus wichtigere und grundlegendere Entwicklung steckt: Wir haben gelernt, uns gemeinsam – in Gruppen oder Teams – mit den gesellschaftlichen Bedingungen unserer Arbeit auseinanderzusetzen.<sup>2</sup> Das mag auf den ersten Blick banal erscheinen, stellt aber eine umwälzende Neuerung dar: Über Jahrtausende war es notwendig, dass Einzelne der Mehrheit der Menschen vorschrieben, was und wie sie zu arbeiten hatten, damit wir als Gesellschaft das zum Leben Nötige herstellen konnten. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit haben wir uns jetzt die Fähigkeit angeeignet, dass wir als die Mehrheit der arbeitenden Menschen diese Funktion gemeinsam und selbstständig ausüben können.

Diese neuen Fähigkeiten stehen aber im Widerspruch zu den Verhältnissen, in denen wir derzeit leben, und rufen daher Zerwürfnisse und Konflikte hervor. Da ist zum Beispiel das Paradoxon, dass immer mehr Menschen sich politisieren und sich damit auseinandersetzen, wie unsere Gesellschaft sich weiterentwickeln soll, aber weniger Menschen sich in Parteien engagieren.<sup>3</sup> Stattdessen wird mit der Obstauswahl im Supermarkt oder dem Reduzieren des eigenen ökologischen Fußabdruckes Politik im Privaten gemacht.<sup>4</sup> Oder die Auswirkungen auf die Beschäftigten: immer mehr Menschen identifizieren sich mit dem Unternehmen, bei dem sie beschäftigt sind, machen „freiwillig“ Überstunden und brennen förmlich für ihre Arbeit. Statt aber ihre Vorstellungen einer sinnvollen Arbeit umsetzen zu können, ist häufig das einzige, wo-

2 Vgl. dazu Stephan Siemens and Martina Frenzel: Das unternehmerische Wir, Hamburg: VSA, 2014. In seiner entwickeltesten Form finden wir dieses neue produktive Vermögen bislang in den (post-) industriellen Ländern, also den USA, Japan, Europa etc.

3 Die SPD bildet dazu derzeit mit den zig Tausenden Eintritten seit Beginn dieses Jahres glücklicherweise eine Ausnahme. Wir kommen darauf später zurück.

4 Das soll diese Formen der Politik, darauf möchten wir explizit hinweisen, keinesfalls herabsetzen.

für sie sich abrackern, der Profit der Unternehmens-EigentümerInnen, und viele Beschäftigte werden an ihrer Arbeit krank.

Wir entwickeln unsere produktiven Fähigkeiten beständig weiter. Das spitzt den Widerspruch zu den Verhältnissen, in denen wir leben, zu, die Konflikte und Zerwürfnisse werden sich verstärken.

### **Die SPD ist stark, wenn sie Antworten auf die Fragen der Zeit formuliert**

Wenn wir in die Geschichte der (deutschen) Sozialdemokratie zurückblicken, sehen wir, dass die SPD immer dann besonders stark war, wenn sie – ohne den Blick für das Kleine zu verlieren – Antworten auf die großen Fragen der Zeit formuliert hat. Das war 1918 mit Friedrich Ebert der Fall, als die SPD eine gesellschaftliche Antwort für den Übergang in die Republik und den Fordismus formulierte. Das war 1969 mit Willy Brandt der Fall, als die SPD eine Antwort für die Demokratisierung der Gesellschaft, die Friedensbewegung und die Humanisierung der Arbeitswelt formulierte. Damit, dass die SPD weitreichende Antworten auf große Fragen formulierte, ist noch nicht gesagt, dass diese Antworten auch immer die richtigen waren. An der Agenda-Politik sehen wir etwa, dass der Versuch einer großen Antwort auch große Fehler beinhalten kann.

Aber es zeigt, dass die SPD immer dann erfolgreich war, wenn sie der Ort war, an dem – im Dialog mit Gewerkschaften, Friedensbewegung, außerparlamentarischer Opposition und vielen anderen gesellschaftlichen Bewegungen – die Fragen der Zeit verhandelt und nach vorne gerichtet diskutiert wurden. Die SPD war erfolgreich, wenn sie Aufbruch und Hoffnung vermittelte, für den gesellschaftlichen Fortschritt stand. Wenn sie am Puls der Zeit war und glaubhaft für eine Verbindung von Fortschritt und Gerechtigkeit, für eine Veränderung unserer Gesellschaft zum Besseren stand. Heute hingegen wird die SPD häufig weder mit Fortschritt, noch mit Gerechtigkeit verbunden.<sup>5</sup>

### **Die Frage der Gegenwart: Fortschritt oder Barbarei?**

Und auch heute muss die Sozialdemokratie, will sie erfolgreich sein, wieder der Ort sein, an dem die großen Fragen unserer Zeit verhandelt werden. Und die SPD muss die Partei sein, die die Antworten darauf formuliert. Was aber sind die Fragen der Gegenwart?

Es ist, das hat das Ergebnis dieser Bundestagswahl gezeigt, die Frage, wohin wir uns als Gesellschaft bewegen: Machen wir uns die umwälzenden Entwicklungen, die gerade vor sich gehen, bewusst, und greifen sie auf, um den gesellschaftlichen Fortschritt zu gestalten? Oder klammern wir uns an das Bestehende? Das ist die Frage danach, wie wir den Widerspruch zwischen der Entwicklung unserer produktiven Kräfte und den derzeitigen kapitalistischen Verhältnissen fortschrittlich aufheben können. Und es sind die vielen Fragen, die zu lösen sind, um diesen Fortschritt zu gestalten: Wie gestalten wir den Wandel der Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten? Welche Möglichkeiten bieten uns die digitalen Technologien? Welche Antwort finden wir auf die ökologische Frage? Wie können wir eine gerechte Globalisierung gestalten?

Auf diese Fragen werden wir Antworten finden müssen. Und es wird nicht damit getan sein, kleinschrittige Reformvorschläge zu machen. Die Widersprüche spitzen sich zu, und finden wir keine fortschrittliche Antwort darauf, wird sich eine rückschrittliche finden. AfD und Pegida, Le Pen, Trump, Erdoğan und Orbán geben einen Vorgegeschmack darauf, wie die reaktionäre Antwort auf die umwälzenden Entwicklungen der Gegenwart aussehen könnte. Häufig bedienen RechtspopulistInnen Unsicherheiten in der Bevölkerung und polarisieren mit Themen wie Zuwanderung oder Innenpolitik. Dass ihr Erstarken aber im Grunde eine Reaktion auf den grundlegenden Wandel unserer Gesellschaft darstellt, wird deutlich, wenn sie ihre nationalen und rassistischen Antworten mit sozialen Aspekten vermengen. Der umfassende Wandel unserer Gesellschaft stellt viele Menschen vor Abstiegs- und Verlustängste – auf die die gegenwärtige Sozialstruktur keine Antwort bietet.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, eine Antwort auf diesen gesellschaftlichen Wandel zu

<sup>5</sup> Während 1998 noch über 54 Prozent der Menschen die SPD als die Partei nannten, die am ehesten für soziale Gerechtigkeit steht, sind es jetzt laut infratest dimap bloß noch 38 Prozent.

formulieren, welche eine Perspektive auf bessere Verhältnisse bietet. Eine Perspektive, die Hoffnungen anstelle von Ängsten setzen kann. Es mag ein Wagnis sein, mit dem Bisherigen zu brechen und sich auf Neues einzulassen. Aber wir müssen den Mut haben, uns auf Konflikt und Streit einzulassen, um für den gesellschaftlichen Fortschritt und für eine gerechtere und freiere Zukunft zu kämpfen.

### Die Opposition nutzen, um neue Bündnisse zu schmieden

Neue Gesellschaftsentwürfe entstehen nicht von Heute auf Morgen, und die grundlegenden Fragen unserer Zeit werden nicht über Nacht beantwortet. Die SPD darf nun nicht den Fehler machen, auf Grundlage von Umfragen und Wahlanalysen in aller Schnelle Forderungen zu formulieren, die eine Mehrheit der WählerInnen zu erreichen in der Lage sein könnten. Stattdessen wäre die Sozialdemokratie in Deutschland gut beraten, wenn sie die kommenden Jahre als die Möglichkeit begreift, die oben skizzierten – und viele weitere Fragen – grundlegend und auf einer breiten gesellschaftlichen Basis zu diskutieren. Wir haben dabei viele GesprächspartnerInnen: die Gewerkschaften und WissenschaftlerInnen, linke NGOs und antikapitalistische Bewegungen, antirassistische und ökologische Initiativen, digitale Aktive und BürgerInnen-Vereine, Organisationen, die sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzen und nicht zuletzt natürlich auch linke und ökologische Parteien. Viele Menschen in Deutschland, das haben die letzten Jahre gezeigt, sind bereit, über grundlegende Veränderungen für eine gerechtere und freiere Gesellschaft zu diskutieren. Diese Möglichkeit sollten wir gemeinsam ergreifen. Will die Sozialdemokratie erfolgreich sein, dann kann dies in Zukunft nur auf Grundlage dieser breiten Debatte über gesellschaftlichen Fortschritt geschehen. Diese breite gesellschaftliche Diskussion – und nicht bloß wahltaktische Überlegungen – muss die Grundlage für politische Forderungen der SPD sein.

### Inhaltlicher Aufbruch braucht organisatorische und personelle Neuaufstellung

Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren bei der Aufstellung ihrer Wahlprogramme und

vor allem bei der Auswahl ihrer öffentlich vorgetragenen Forderungen zu oft auf Umfragen verlassen. Soll die Sozialdemokratie der Ort sein, an dem die grundlegenden Fragen der Gegenwart in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs verhandelt werden, muss eine personelle und organisatorische Neuaufstellung der SPD erfolgen. Den Anspruch, die Bemühungen einer breiten Bewegung für gesellschaftlichen Fortschritt zu bündeln, muss sie auch durch ihr Personal glaubhaft vermitteln. Nur, wenn sie sich jünger, weiblicher und insgesamt diverser aufstellt, kann sie dem gerecht werden. Zigtausende Mitglieder sind der SPD seit Anfang dieses Jahres beigetreten, mehrere Tausend seit der Wahlniederlage. All diese Menschen, die der SPD nicht nur beigetreten sind, um ihr zur Regierungsmehrheit zu verhelfen, sondern um daran mitzuwirken, sie als Partei der sozialen Gerechtigkeit weiterzuentwickeln, müssen wir einbinden. Die SPD wird sich wandeln müssen: weg von einer Partei, die sich nach regierungsfähigen Mehrheiten richtet und hin zum Zentrum einer gesellschaftlichen Bewegung für Fortschritt, als deren Partei sie Antworten auf die Fragen der Gegenwart formuliert. Dafür braucht es Umstrukturierungen im bisherigen Parteiapparat und eine Neuausrichtung unserer Diskussionskultur.

### Die Zeit ist reif

Der 24. September war eine herbe Niederlage für die SPD. Aber er kann auch eine historische Chance für die Sozialdemokratie in Deutschland darstellen. Nach dieser Wahl dürfte allen bewusst sein, dass sich grundlegend etwas ändern muss. Die Zeit ist reif für umwälzende gesellschaftliche Veränderungen und einen grundlegenden Fortschritt. Gehen wir mit der Zeit und ergreifen wir diese Gelegenheit für eine freiere und gerechtere Gesellschaft. ■

#### Literatur:

- Colin Crouch: Postdemokratie, Frankfurt (Main): Suhrkamp, 2008
- Danny Michelsen und Franz Walter: Unpolitische Demokratie, Berlin: Suhrkamp, 2013
- Stephan Siemens and Martina Frenzel: Das unternehmerische Wir, Hamburg: VSA, 2014